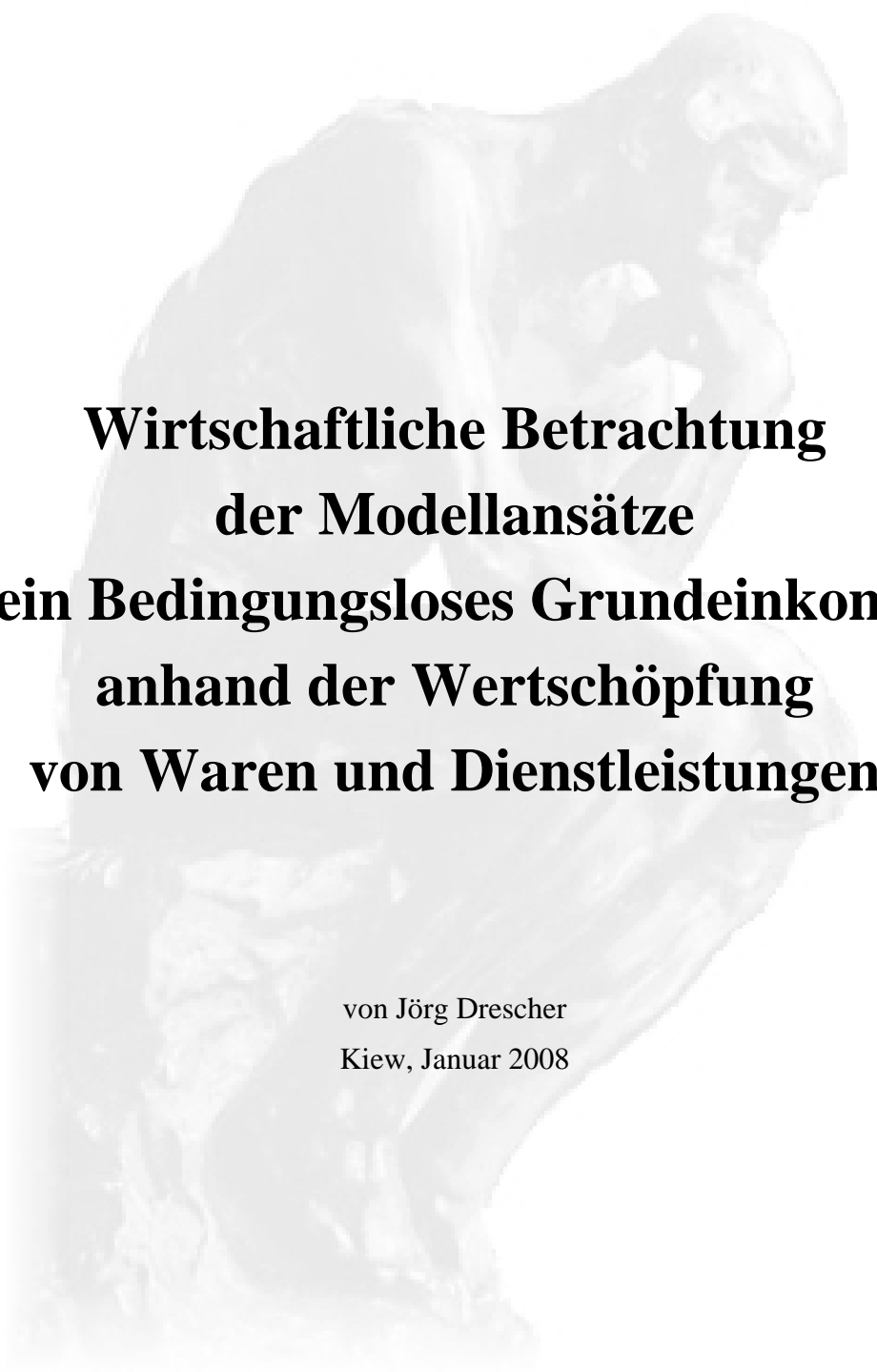


Projekt **JOVIALISMUS**



**Wirtschaftliche Betrachtung
der Modellansätze
für ein Bedingungsloses Grundeinkommen
anhand der Wertschöpfung
von Waren und Dienstleistungen**

von Jörg Drescher
Kiew, Januar 2008



© 2008 Matthias Dilthey, Jörg Drescher
Dieses Dokument steht unter der GNU Free Documentation
Licence. Das Kopieren und Verbreiten ist unter Nennung
der Quellen ausdrücklich gestattet und erwünscht.

Projekt Jovialismus
Website: <http://www.iovialis.org>
Partei sozial gerechter Demokratie (PsgD)
Website: <http://www.psgd.info>
Email: info@iovialis.org info@psgd.info

Vorwort

Die Idee eines Grundeinkommens ist für viele Menschen immer noch das gleiche Gespenst, wie es einst der Kommunismus war. Während der Kommunismus vielen Besitzern Angst machte, dass sie enteignet würden und Armen die Hoffnung gab, endlich auf einer Stufe mit den Besitzenden zu stehen, hält die Idee des Grundeinkommens daran fest, dass jedem Eigentum zusteht. Vielmehr soll sie jedem die Möglichkeit geben, Besitz zu erlangen.

Im Gegensatz zum bisher gebräuchlichen Versicherungssystem, das im Bedarfsfall Hilfe leistet, kehrt die Grundeinkommensidee dieses System um, damit es nicht zum Bedarfsfall kommt.

Die Frage, weshalb jeder eine regelmäßige Zahlung erhalten soll, lässt sich auf vielfache Weise beantworten. Grundlegend ist allerdings, dass in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die ein Tauschsystem mittels Geld organisiert, Geld zum Leben notwendig ist¹

Argumente, die besagen, dass mit einem Grundeinkommen niemand mehr arbeiten würde und die Produktion von Waren zum Stillstand käme, gehen von einem Menschen aus, der einzig konsumieren will. Arbeit ist allerdings weiterhin notwendig, damit Waren zum Konsum produziert werden. Die Frage ist nur, wie wir (bezahlte) Arbeit definieren.²

Matthias Dilthey sagte einmal zu mir, dass es relativ einfach sei, ein Grundeinkommen zu finanzieren; weitaus schwieriger sei die gerechte Verteilung³ und wie sich diese auswirkt.

Die Höhe eines Grundeinkommens spielt für die Arbeitsmoral eine wesentliche Rolle – es sollte nicht zu wenig sein (es sollte zum Leben reichen), aber auch nicht zu viel, damit die Zugverdienstmöglichkeiten der von der Wirtschaft benötigten und bezahlten menschlichen Arbeitskraft genutzt werden.⁴ Menschliche Arbeit ist weiterhin notwendig.

Firmen kann daran gelegen sein, dass Menschen genügend (Geld)Mittel zur Verfügung haben, um die von ihnen produzierten Waren zu kaufen.⁵ Existenzsorgen entfallen, wenn der Lebensunterhalt gesichert ist, und somit kann sich ein Mitarbeiter besser und motivierter auf die zu leistende Arbeit konzentrieren.

In meinen Augen entspricht es meiner Vorstellung einer „jovialen Gesellschaft“⁶: jeder soll durch alle profitieren, aber auch seinen Teil dazu beitragen. Dies wird durch die Notwendigkeit des Konsums und dessen Besteuerung erfüllt.

Natürlich gibt es auch Aspekte, die gegen diese Idee sprechen. Sie kommen hauptsächlich aus der Politik und hängen damit zusammen, wie die befreiten Menschen regiert werden können.

Andere Aspekte berühren die unvorhersehbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Änderungen im (Arbeits-)verhalten. Mit Sicherheit werden Arbeiten weniger, die heute getan

¹ Anhang: Tauschsystem und die Freiheit „nein“ zu sagen (Seite 11)

² Essay über die Arbeit (von Matthias Dilthey)
<http://www.iovialis.org/counting.php?file=Dilthey-Modell.pdf> (Seite 21)

³ Modellvergleich
<http://www.iovialis.org/counting.php?file=Dilthey-Modell.pdf> (Seite 12)

⁴ Der Urey-Effekt beim Grundeinkommen in „Auslegung und Begründung des Dilthey-Modells“
http://www.iovialis.org/counting.php?file=Dilthey-Modell_Auslegung.pdf (Seite 8)

⁵ Henry Ford versuchte schon Mitte des 20. Jhd. durch höhere Löhne die Kaufkraft seiner Arbeiter zu steigern.

⁶ Wirtschaftsordnung im Jovialismus:
Die Forderung einer jovialen Wirtschaftsordnung sieht vor, dass jeder Mensch ein Auskommen hat. Der Staat soll in diesem Fall eine gerechte Verteilerrolle einnehmen, um jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dafür werden Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Steuerpolitik gefordert. Einerseits soll die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen gesichert sein und andererseits sollen Menschen diese Güter und Dienstleistungen konsumieren können.
http://www.iovialis.org/counting.php?file=Jovialismus_Staatstheorie.pdf (Seite 32)



werden, weil Menschen dazu (wirtschaftlich) gezwungen sind (z.B. Prostitution). Arbeiten, die niemand machen will, werden teurer, um mehr Anreize zu geben, damit diese (notwendigen) Arbeiten erledigt werden. Dieser Aufsatz wird zeigen, dass sich dies auch auf die Preise auswirkt.

Weiter besteht die Frage, ob es möglich ist, dass ein Land ein Grundeinkommen im Alleingang einführen kann, denn dieses Land wird für viele Menschen wie ein Magnet wirken, die von einem leistungslosen Einkommen leben wollen.

Als Schlussfolgerung komme ich zu dem Ergebnis, dass ein Grundeinkommen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bezahlbar ist, wenn es gewollt wäre. Meiner Meinung nach hängen die genannten Argumente gegen ein Grundeinkommen mit der Angst vor Freiheit, dem Misstrauen gegenüber Menschen und Vorurteilen zusammen.

Die Idee ist dabei weder kommunistisch, noch kapitalistisch – aber Vertreter beider Richtungen versuchen, die Idee für sich zu beanspruchen.

Das Hauptproblem eines Grundeinkommens ist weder Finanzierung, noch politische Beherrschbarkeit. Vielmehr besteht die Frage: Sind wir bereit und haben wir die Möglichkeit, die Notwendigkeit einzusehen, zu arbeiten, zu wählen, zu entscheiden und ... zu leben?

Die Antwort darauf gibt eher Auskunft über die Reife eines Menschen, als über etwas anderes. Deshalb ist die Diskussion eines Grundeinkommens gleichfalls eine Diskussion über die Emanzipation der Menschheit.

Es ist Zeit für eine „neue Aufklärung“⁷ und dieser Aufsatz soll helfen, die wirtschaftlichen Zusammenhänge bei der Produktion von Waren und den jeweiligen Modellansätzen zu erklären.

Kiew, 31.01.2008

Jörg Drescher

⁷ <http://www.iovialis.org/>



Einleitung

Unabhängig von den (erhofften) Auswirkungen eines Grundeinkommens⁸, gehe ich in diesem Aufsatz auf die wirtschaftlichen Aspekte zur Finanzierung ein. Es ist auch notwendig zu erklären, warum es eine gute Idee ist, Steuern zu zahlen. Die Wertschöpfung zeigt, wer letztlich diese Steuern zahlt und wie ein Grundeinkommen, sowie das heutige Sozialversicherungssystem funktioniert.

Dazu vergleiche ich zuerst die heutige Situation mit der Idee, das Grundeinkommen durch Besteuerung von menschlicher Arbeit zu finanzieren.

Daraus zeige ich die Ableitung der Ideen von Götz W. Werner⁹, die auf einer alleinigen Konsumfinanzierung beruhen. Prinzipiell ist nichts gegen diese Idee einzuwenden, wenn man von der Wertschöpfungskette absieht. Wird die Wertschöpfungskette allerdings in die Überlegung mit einbezogen, weist diese Idee Lücken auf.

Letztlich möchte ich auf das Dilthey-Modell¹⁰ eingehen und damit zeigen, wie es die Lücken des Werner'schen Modells füllt.

Am Ende beschreibe ich noch kurz eine weitere Idee: den Alaska Permanent Fund.¹¹ Diese Idee muss erwähnt werden, weil sie die Wertschöpfung betrifft.

Andere Konzepte, wie z.B. die Stakeholder Society, haben zwar soziale Gerechtigkeit zum Ziel, sind aber nicht direkt mit einem Grundeinkommen vergleichbar. Deshalb werden sie hier nicht weiter erwähnt.

Wertschöpfung

Ziel jedweder wirtschaftlichen Unternehmung ist, durch Einsatz von Produktionsmitteln Waren herzustellen, um durch deren Verkauf Gewinne zu generieren. Dabei kann man auch Dienstleistungen als Waren betrachten, deren Produktionsmittel hauptsächlich (menschliche) Arbeit ist.

Um den Unterschied zu erklären, betrachten wir „Wäsche waschen“. Wasche ich von Hand, brauche ich dazu Wasser und Waschmittel. Lasse ich die Wäsche von jemandem (von Hand) waschen, handelt es sich um eine Dienstleistung. Wasser, Waschmittel und menschliche Arbeit sind „Produktionsmittel“ zur Erbringung der Dienstleistung.

Wird die Person durch eine Waschmaschine (in einer Wäscherei) ersetzt, handelt es sich immer noch um eine Dienstleistung, da die zu bezahlende „Ware“ (saubere Wäsche) immateriell ist.

Die Herstellung von Wäsche bedarf hingegen Rohstoffen (z.B. Leinen), die durch Arbeit „veredelt“ werden. Die Ware ist materielle (z.B. ein Leinentuch).

Wirtschaftlich gesehen, ist (menschliche) Arbeit ein Produktionsmittel, das Kosten verursacht und in den Preis einer Ware einkalkuliert wird. Die Herstellung einer Ware wird allgemein als Wertschöpfung betrachtet, die folgendermaßen definiert ist:

*Wertschöpfung ist das originäre Ziel produktiver Tätigkeit. Diese transformiert vorhandene Güter in Güter mit höherem Nutzen.*¹²

Produktive Tätigkeit hat demnach **nicht primär** zum Ziel, Menschen mit Einkommen zu versorgen, sondern Güter mit höherem Nutzen zu produzieren.

⁸ Als Einstieg: „Die Idee eines emanzipatorischen BGE“ als kostenloses PDF von führenden BGE-Befürwortern: <http://www.iovialis.org/counting.php?file=BGE-Buch.pdf>

⁹ Informationen über die Ideen: <http://www.unterschied-zukunft.de>

¹⁰ Das Modell als PDF: <http://www.iovialis.org/counting.php?file=Dilthey-Modell.pdf>

¹¹ <http://www.apfc.org> (englisch) und <http://www.pfd.state.ak.us> (englisch)

¹² Haller, Axel: Wertschöpfungsrechnung. Schäffer-Poeschel, Stuttgart 1997 ISBN 3-7910-1150-2

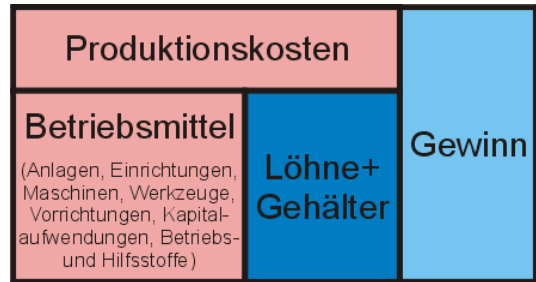


Die Wertschöpfung ist unabhängig von der Wirtschaftsform (z.B. Markt-, Plan- oder Subsistenzwirtschaft). Die zugrundeliegende Wirtschaftsordnung versucht mit ihren gesetzlichen Rahmenbedingungen das Angebot (Produktion von Waren) und die Nachfrage (Bedarf an produzierten Waren) zu organisieren. Die Produktionskosten werden durch den gesetzliche Rahmen und dessen Steuererhebungen beeinflusst. Auf diese Faktoren soll in den nächsten beiden Abschnitten eingegangen werden.

Produktionskosten

Produktionskosten errechnen sich allgemein aus Betriebsmitteln und Löhnen, bzw. Gehältern. Damit produziert ein Unternehmen Waren, die es mit einem Aufschlag (Gewinn) zum Verkauf anbietet.

Betriebsmittel sind Anlagen (z.B. Infrastruktur einer Wäscherei), Einrichtungen (z.B. Räumlichkeiten), Maschinen (z.B. Waschmaschinen), Werkzeuge (z.B. automatische Befüllung der Waschmaschinen), Kapitalaufwendungen (z.B. Zinsen für die kreditfinanzierte Waschmaschinen), Betriebs- und Hilfsstoffe (z.B. Strom, Wasser, Waschmittel, Werbung). Zu den Betriebsmitteln gehören alle Dinge, die zum Transformationsprozess bei der Wertschöpfung benötigt werden.



Wird der Transformationsprozess (Arbeit) von Menschen erledigt, spricht man von Löhnen (z.B. für eine Person, die Wäsche annimmt). Gehälter (z.B. für einen Buchhalter) sind Einkommen von Personen, die nicht direkt am Produktionsprozess beteiligt sind, aber für das Unternehmen zu dessen Betrieb eingesetzt werden. Diese Lohn- und Gehaltszahlungen werden in die Produktionskosten einkalkuliert, damit ein Unternehmen gewinnbringend arbeiten kann.

Steuern

Die deutsche Abgabenordnung von 1977 definiert Steuern wie folgt:

Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein. AO, §3 (1)¹³

Diese Definition besagt, dass man für die Zahlung von Steuern keinerlei besondere Gegenleistung erwarten kann. Vielmehr dienen sie einem Staat dazu, Einnahmen zu erzielen, aber auch, um den Verkauf gewisser Waren über den Preis zu „steuern“ (z.B. Alkopopsteuer).

Allerdings steht in dieser Definition nichts über die Verwendung von Steuern oder die Legitimation zur Erhebung von Steuern. Diese findet sich im Grundgesetz im Artikel 14¹⁴:

- (1) *Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.*
- (2) *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*
- (3) *Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.*
[...]

¹³ http://www.gesetze-im-internet.de/ao_1977/_3.html

¹⁴ <http://dejure.org/gesetze/GG/14.html>



Auf der einen Seite wird Privateigentum (und dessen Vererbung) gewährleistet, wobei die Gesetzgebung Schranken auferlegen kann (z.B. dass nicht jeder Uran besitzen darf).

Andererseits soll Eigentum auch verpflichtet. Der Gebrauch (z.B. von Produktionsanlagen) soll dem Allgemeinwohl dienen (z.B. die Versorgung mit Waren).

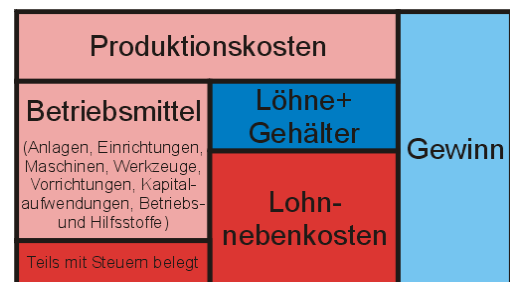
Absatz (3), Satz 1 und 2 beschreibt die Legitimation und den Verwendungszweck der Steuererhebung: Enteignung (keine Gegenleistung für eine Geldleistung) ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Das entsprechende Gesetz ist die Abgabenordnung, das die Steuererhebung definiert. Die Art und das Ausmaß der Entschädigung für die Zahlung von Steuern steht wiederum im Grundgesetz: das Wohl der Allgemeinheit.

Durch die Erhebung von Steuern nimmt der Staat Geld für die Bezahlung von Gemeinschaftsaufgaben ein, die ein einzelner nicht in der Form erbringen wollte (z.B. für Polizei, Beamte, Politiker usw. oder die Landesinfrastruktur, wie Straßen usw.). Der einzelne Steuerzahler erhält keine direkte Gegenleistung für seine Zahlung, sondern trägt damit zum Allgemeinwohl bei (z.B. Bildungssystem, selbst wenn er nicht zur Schule geht).

Die Abgabenordnung verlagert eine Aussage über den Steuerpflichtigen auf andere Gesetze, die den Tatbestand definieren, Steuern zahlen zu müssen. Diese Regelung erinnert an den lateinischen Spruch „*Pecunia non olet*“ (Geld stinkt nicht)¹⁵, denn mit dieser Aussage kann alles zum Tatbestand werden.

Kommen wir allerdings nach der Begründung der Steuer auf die Produktionskosten zurück. Aus wirtschaftlichen Aspekten stellen sie einen weiteren Kostenfaktor bei der Wertschöpfung dar, der in die Produktionskosten einkalkuliert wird.

Betriebsmittel sind teilweise mit Steuern belegt, wobei in Deutschland der Hauptteil der Besteuerung auf den Löhnen und Gehältern liegt.



Da die Steuern in die Produktionskosten einkalkuliert sind, trägt letztlich der Konsument die Steuerlast, sofern eine Ware gekauft wird. Verdirbt die Ware (z.B. Brot) oder wird ins Ausland verkauft (z.B. beim Maschinenbau), bleiben dem Staat die in die Wertschöpfung einkalkulierten Steuern erhalten. Die Mehrwertsteuer bildet hierbei eine Ausnahme, weil diese nicht in die Wertschöpfung eingerechnet wird. Dazu aber später mehr, wenn es um den Vergleich zwischen dem Werner'schen Vorschlag und dem Dilthey-Modell geht.

Die Lohnnebenkosten bestehen heute aus Lohnsteuern, die zur einen Hälfte vom Unternehmen getragen werden und zur anderen Hälfte durch den Mitarbeiter, wobei sie der Einfachheit halber durch das Unternehmen abgeführt werden. Darin sind auch Beiträge für die gesetzlichen Sozialversicherungen enthalten.

Das Versicherungsprinzip

Das Versicherungsprinzip beschreibt grundsätzlich die kollektive Absicherung eines Risikos. Geldbeträge werden in einem Topf gesammelt, um daraus beim Eintreten eines Versicherungsfalls Ausgleichszahlungen zu tätigen.

Man geht davon aus, dass der Versicherungsfall nur bei wenigen eintreten wird und schätzt diese Fälle statistisch. Versicherungen funktionieren in manchen Aspekten ähnlich wie Lotterien, bei denen es auch um Wahrscheinlichkeiten geht.

¹⁵ Der Ausspruch stammt von dem römischen Kaiser Vespasian, dessen Sohn ihm vorgeworfen hatte, eine ungerechtfertigte Steuer auf die römischen Bedürfnisanstalten erhoben zu haben. Der so getadelte Kaiser habe seinem Sohn daraufhin Geld unter die Nase gehalten und ihn gefragt, ob es denn stinke.



Gesetzliche Sozialversicherungen, die auf dem Versicherungsprinzip basieren, kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Beginn der Großindustrie auf. In Deutschland führte Otto von Bismarck 1883 die gesetzliche Krankenversicherung ein. Sein Kommentar:

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“¹⁶

Daneben gab es bereits freiwillige Sozialversicherungen von Gewerkschaften und kirchlichen Arbeiterverbänden. Es folgten eine Unfallversicherung (1884), eine Rentenversicherung (1889) und später eine Arbeitslosenversicherung (1927). Das Grundprinzip des Versicherungsschutz besteht noch bis heute (2008).

Das gesetzliche Versicherungsprinzip entspricht allerdings nicht der Abgabenordnung, weshalb es auch Sozialabgaben und nicht Steuern heißt. Bei der Versicherung erwirbt man nämlich den Anspruch auf Zahlungen, indem man Beiträge entrichtet. Wer nicht Lotto spielt, kann auch nichts gewinnen – nur ist man gesetzlich gezwungen, dieses Versicherungsspiel mitzuspielen. Dieser Zwang läuft unter dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“, wobei der Vorteil gegenüber einer „freien Marktwirtschaft“ darin zu sehen ist, dass im tatsächlichen Versicherungsfall (z.B. bei Arbeitslosigkeit) Geld ausbezahlt wird.

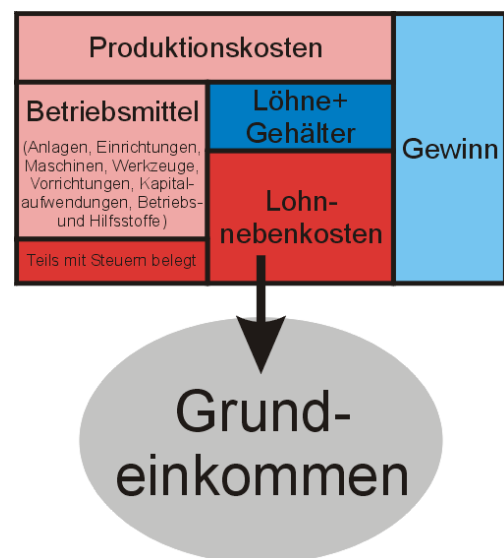
Abgesehen davon, wie man den Anspruch des Versicherungsfalls geltend macht, entspricht das Versicherungsprinzip einer Nachsorge: zuerst muss ein Schaden (Anspruch) da sein, bevor man etwas bekommt.

Die Idee des Grundeinkommens geht den Weg der Vorsorge: jeder hat Anspruch, damit es nicht zum Versicherungsfall kommt. Außerdem entspricht es eher der im Grundgesetz genannten Entschädigung bei einer Enteignung (durch Steuererhebung).

Grundeinkommen durch Einkommensbesteuerung

Prinzipiell spricht nichts dagegen, Einkommen zu besteuern, wie es von Milton Friedman mit seiner „Negativen Einkommenssteuer“ vorgeschlagen wurde. Diese Idee wurde in Deutschland durch sogenannte „Transfergrenzen-Modelle“ erweitert, wie z.B. das „Ulmer Modell“¹⁷ von Prof. Dr. Helmut Pelzer oder das „Solidarische Bürgergeld“¹⁸ von Dieter Althaus (CDU). Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass Einkommen versteuert und mit einem Grundeinkommen verrechnet wird. Der Unterschied liegt in der Verrechnungsmethode.¹⁹

Schließlich verpflichtet Eigentum – also auch das, was man sich selbst erarbeitet. Die Frage besteht nur darin, ob man sich Eigentum erarbeitet oder Geld, das zum Erwerb von Eigentum notwendig ist.



¹⁶ Bismarck, Otto von, Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 1924/1935, Band 9, S.195/196

¹⁷ siehe: <http://www.uni-ulm.de/~hpelzer/BG/Text/Titel.html>

¹⁸ siehe: <http://www.d-althaus.de/index.php?id=52>

¹⁹ Es gibt Studien, die zeigen, dass diese Modelle mit der heutigen Einkommenssituation funktionieren würden. Das Hauptproblem besteht darin, dass die Modelle die Einkommenssituation beeinflussen, weshalb unklar ist, ob sie auch nach ihrer Einführung weiterhin funktionieren würden.

Studie des Hamburger Weltwirtschafts-Instituts: <http://www.d-althaus.de/fileadmin/PDF/Grundeinkommen-Studie.pdf>



Für einen Unternehmer ist diese Frage nebensächlich, denn erstens unterscheidet sich das System kaum zu heute und zweitens wird er die Steuern in seine Wertschöpfungskalkulation einbeziehen.

Findet er allerdings eine Maschine, die menschliche Arbeit günstiger und wenn möglich sogar zuverlässiger erledigt, wird er den menschlichen Mitarbeiter durch eine solche Maschine ersetzen (z.B. einen Wäschewascher durch eine Waschmaschine). Sein eigenes Einkommen (Gewinn) lässt er sich weiter durch seine Kunden bezahlen. Er muss danach kein schlechtes Gewissen haben, denn der entlassene Mitarbeiter wird durch ein staatliches Grundeinkommen finanziert, damit er leben kann (dies ist ein grundsätzlicher Aspekt).

Durch Einkommensbesteuerung würde das Grundeinkommen ausschließlich durch menschliche Arbeit finanziert, die wiederum nur am Wertschöpfungsprozess als Kostenfaktor beteiligt ist und letztlich vom Konsumenten getragen wird.

Aus diesem Grund kam der Unternehmer und Professor Götz W. Werner zum Schluss, dass sich alle Steuern, die am Wertschöpfungsprozess beteiligt sind, in einer Steuer zusammenfassen lassen.

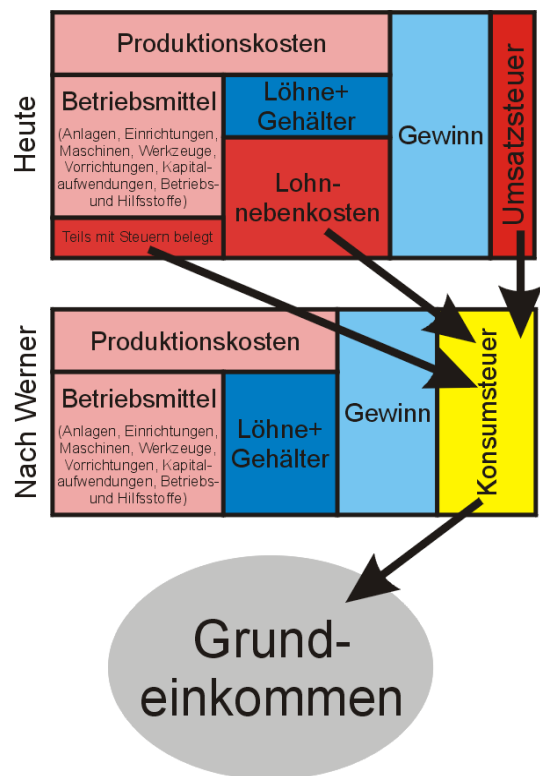
Die Werner'sche Konsumsteuer

Schon heute existiert eine Umsatzsteuer, die den gesamten Wertschöpfungsprozess besteuert. Wie bisher dargelegt, beinhaltet dieser Prozess auch Löhne und Gehälter. Diese werden durch die Umsatzsteuer noch einmal versteuert.

Letztlich trägt ein Käufer die Kosten für alle Steuern, die am Wertschöpfungsprozess beteiligt sind.

Der Vorschlag von Prof. Werner sieht vor, all diese Steuern in einer Konsumsteuer zusammenzulegen und dem Käufer in Rechnung zu stellen. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden nach der Idee Werners zur Finanzierung eines Grundeinkommens herangezogen.

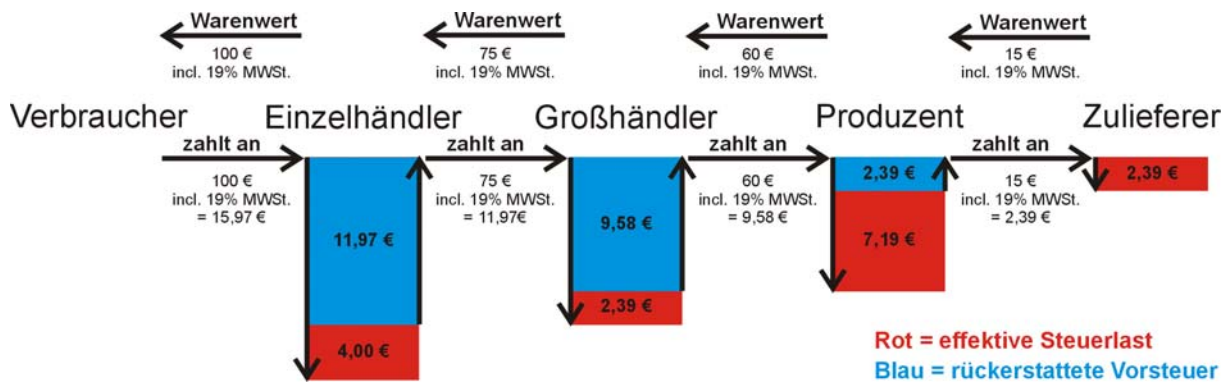
Wenn der Käufer ein vorsteuerabzugsberechtigtes Unternehmen ist, kann dieses, wie schon heute, seine bezahlte Umsatzsteuer vom Staat zurückfordern. Dabei „konsumierte“ das Unternehmen Waren eines anderen Unternehmens, um selbst höherwertige Waren zu produzieren.



Wird das Produkt nicht (oder schwarz) verkauft, bzw. verdirbt oder wird ins Ausland verkauft, fallen auch keine Steuereinnahmen für den Staat an, denn der Unternehmer wird seinen Anspruch auf Rückzahlung der Umsatzsteuer gegenüber dem Staat geltend machen. In einer Wertschöpfungskette fand allerdings trotzdem „Konsum“ statt. Nach dem Vorschlag von Werner bleibt die eigentliche Produktion komplett steuerfrei.



Hier ein Beispiel für eine Wertschöpfungskette mit der heute gängigen 19% Umsatzsteuer, zum Verständnis der Funktionsweise:



Ein Nachteil ist, dass die Konsumsteuer bei Götz Werner relativ hoch wird. Wenn sie ausfällt, geht ein hoher Betrag verloren. Außerdem soll nach dem Grundgesetz Eigentum verpflichten, was bedeuten würde, dass auch die Produktion (temporäres Eigentum) besteuert werden soll.

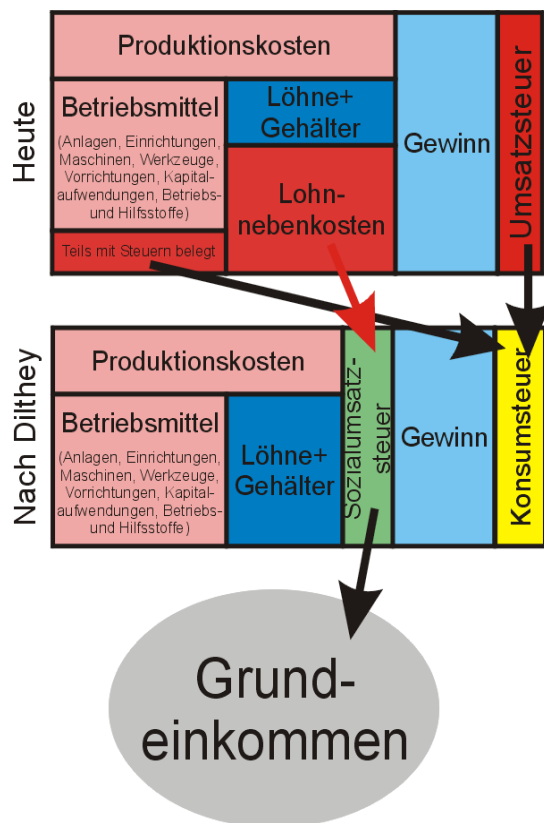
Diesem Umstand versucht das Dilthey-Modell mit einer All-Phasen-Umsatzsteuer²⁰ gerecht zu werden, womit wir beim nächsten Modell angelangt sind.

Dilthey und die Sozialumsatzsteuer

Auf den ersten Blick fällt der Unterschied zum Werner'schen Vorschlag nicht auf, außer, dass die werner'sche Konsumsteuer in eine Sozialumsatzsteuer und eine Konsumsteuer geteilt wurde. Lohnnebenkosten sind mit der Sozialumsatzsteuer vergleichbar.

Damit wird erreicht, dass die eigentliche Produktion besteuert wird und nicht nur Einkommen von Menschen.²¹ Wie bei dem Waschmaschinenbeispiel gezeigt, ist es jetzt unwichtig, ob die Wäsche von einer Person oder einer Maschine gewaschen wird. Durch die Sozialumsatzsteuer wird die Warenproduktion zur ausschließlichen Finanzierung eines Grundeinkommens besteuert – daher der Name „Sozialumsatzsteuer“. Sie ist vom Unternehmen immer zu entrichten und nicht mit einer Vorsteuer zu verrechnen.

Die Konsumsteuer ist zur Finanzierung der Staatskosten gedacht, was bei anderen Modellen nicht vorhanden ist. In anderen Modellen wird das zur Staatsfinanzierung herangezogen, was nach Auszahlung des Grundeinkommens übrig bleibt.



²⁰ Eigentlich stammt die Idee nicht von Matthias Dilthey, denn von 1916-1968 wurde die Umsatzsteuer in Deutschland so gehandhabt. Sie wurde 1968 im Zuge der Umsatzsteuerharmonisierung der Europäischen Union in die vorsteuerabzugsberechtigte Variante geändert.

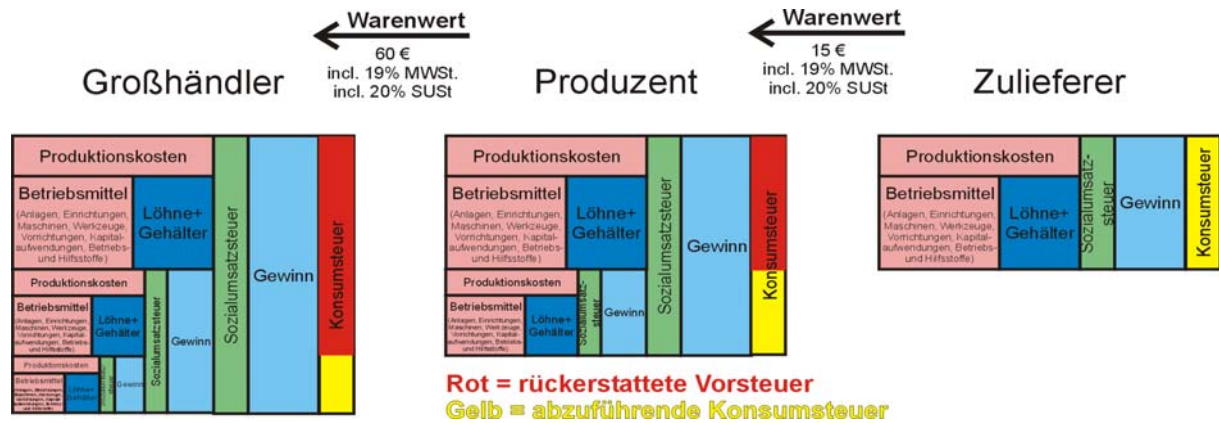
²¹ Diesen Vorschlag machte ich schon 2005 in meinem Buch „Iovialis – Geständnis eines Terroristen“, Seite 33 ISBN: 978-3-86582-355-7 – <http://www.iovialis.de>



Der wesentliche Unterschied zum Werner'schen Vorschlag wird bei der Wertschöpfungskette deutlich. Selbst wenn ein Produkt nicht (oder schwarz) verkauft wird, bzw. verdirbt oder ins Ausland verkauft wird, bleiben Steuern für die Finanzierung des Grundeinkommens erhalten.

Dilthey erhofft sich damit auch, dass sich die Wertschöpfungskette verkürzt.

Beispiel einer Wertschöpfungskette, wobei die Steuersätze fiktiv sind:



Andere Ideen zur Finanzierung eines Grundeinkommens

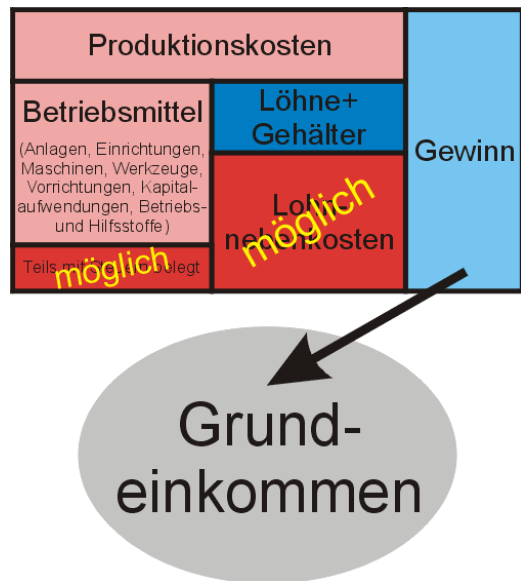
Ein reales Beispiel: Der Alaska Permanent Fund

Unabhängig davon, ob die Zahlung des Alaska Permanent Fund zum Leben ausreicht oder nicht, zeigt diese Idee eine weitere Möglichkeit zur Finanzierung: Verkauf oder Vermietung durch den Staat.

Staaten (alle Menschen innerhalb eines Gebiets) können Besitzer von Land, Rohstoffen oder Firmen sein, die etwas herstellen, was jeder immer wieder braucht (z.B. Energie).

Wenn wir die Wertschöpfung betrachten, kann der Gewinn aus dem Verkauf oder der Vermietung zur Finanzierung eines Grundeinkommens verwendet werden. Letztlich trägt der Käufer die Kosten. Verglichen mit der Umsatzsteuer-Idee gibt es keinen Unterschied:

Die Umsatzsteuer ist der Gewinn (für einen Staat) aus allen verkauften Gütern.



Anhang: Tauschsystem und die Freiheit, „nein“ zu sagen

Physikalische Gesetze bieten dem Menschen die Möglichkeit, dass er sich einfach nehmen kann, was es gibt - eingeschränkt wird er nur durch seine Moral- und Ethikvorstellungen.²² Mit Einführung eines Tauschsystems werden diese Vorstellungen beeinflusst.

Das Tauschsystem gibt eine Moral-/Ethikvorgabe vor: *quid pro quo* - man darf sich nur soviel nehmen, wie man an Tauschmittel zur Verfügung hat.

Bertolt Brecht schrieb allerdings einmal: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral.“ Das würde bedeuten, dass physikalische Gesetze im allgemeinen stärker sind, als selbstauferlegte Regeln.

Mit Einführung eines Tauschsystems wird in die Freiheit einer Person eingegriffen: sie könnte sich alles nehmen, was sie wollte, aber das System sagt „nein“, wenn die Person kein Geld hat.

Die einzig sinnvolle Begründung für ein Tauschsystem ist die Tatsache, dass sich ein Mensch maßlos am Gegebenen bedienen könnte. Das Tauschmittel bildet eine allgemein anerkannte Grenze dieser Freiheit.

Allerdings berücksichtigt das Tauschsystem weder, dass innerhalb desselben sich der Mensch auch vom Tauschmittel maßlos nehmen kann, noch, dass das Tauschsystem Menschen beeinflusst, wenn diese kein Tauschmittel zur Verfügung haben.

Betrachten wir dazu das System:

Wenn wir zu einem Verkäufer auf dem Markt gehen, wird er „nein“ sagen, wenn wir einfach etwas nehmen wollen. Uns ist (normalerweise) verboten, Dinge zu nehmen, ohne etwas dafür zu geben. Wenn wir es trotzdem nehmen, wird der Verkäufer wahrscheinlich die Polizei rufen, um sein „nein“ zu unterstreichen und sie werden uns als Dieb bezeichnen.

Aber als intelligente Menschen, können wir die einfache Frage stellen: wieso ist es verboten?

Nun muss der Verkäufer erklären, warum er in unsere Freiheit eingreift, einfach zu nehmen, ohne etwas zu geben. Seine Begründungen können unterschiedlich sein, aber wahrscheinlich wird er sagen, dass er etwas für die Möglichkeit getan oder bezahlt hat, um das zu verkaufen, was wir haben wollen.

Doch wenn der Verkäufer auch so schlau ist, wie wir, wird er fragen, weshalb wir in seine Freiheit eingreifen, „nein“ zu sagen - wir wollen uns einfach etwas nehmen, das uns nicht gehört. In diesem Fall können sich unsere Begründungen auch unterscheiden, doch wahrscheinlich werden wir antworten, dass wir es zum Leben brauchen.

Nach dieser Diskussion kommt es auf die Einsicht des Verkäufers an, ob er sein „nein“ in ein „ja“ ändert. Aber er wird sehr vorsichtig sein, damit niemand seine Antwort hört – schließlich könnte eine weitere Person kommen, die etwas umsonst haben wollte.

Damit solche Diskussionen nicht jeden Tag passieren, aber die positiven Effekte eines Tauschsystems erhalten bleiben, gibt es die Idee eines Sozialsystems. Aber die Umsetzung verlagert die Diskussion vom Markt nur an eine andere Stelle:

Der Verwalter der Sozialhilfe will (nachgewiesen) wissen, weshalb wir Geld von ihm wollen. Wir müssen beweisen, dass wir kein Einkommen haben, um leben zu können. So gesehen ist es die gleiche Diskussion, wie auf dem Markt.

Ein Tauschsystem beeinflusst die Freiheit „zu geben“ („ja“ zu sagen) und die Freiheit „zu nehmen“ (durch ein „nein“). Ein bedingungsloses Grundeinkommen beschreibt ein „stilles Übereinkommen“, dass jeder innerhalb eines Tauschsystems Geld zum Leben braucht, aber auch, dass das Tauschsystem begrenzt, wie viel wir uns nehmen können.

²² Im Buddhismus gibt es z.B. die goldene Regel: *Ich fasse den Entschluss nichts zu nehmen was mir nicht gegeben wird.*

